

Der ordnungspolitische Kompass der IHK Bonn/Rhein-Sieg

Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt verlässliche Rahmenbedingungen. Auch für die Wirtschaftspolitik ist eine klare Orientierung bei der Entwicklung und Umsetzung von Reformen unerlässlich. Eine solche Orientierung – sowohl für die Politik auf den verschiedenen Ebenen als auch für die Arbeit der IHK Bonn/Rhein-Sieg – sollen die wirtschaftspolitischen Positionen bieten.

Leitbild ist dabei das System der Sozialen Marktwirtschaft mit den Grundprinzipien Freiheit und Verantwortung. Freie Preisbildung und Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, individuelle Haftung und die Konstanz der Wirtschaftspolitik sind grundlegende Prinzipien einer solchen Wirtschaftsordnung. Daraus folgt, dass die Wirtschaft überbordende staatliche Regulierung, Bürokratie und Zentralismus kritisch sieht.

Ergänzend tritt die staatliche Sozialpolitik in unverschuldeten, individuellen Notlagen hinzu. Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht zu verwechseln mit dem Volumen öffentlicher Sozialausgaben. Vielmehr bemisst sich das Soziale daran, ob die Menschen die Chance haben, ihren Lebensunterhalt soweit wie möglich selbst zu erwirtschaften. Sozial ist, was Beschäftigung und Wachstum schafft.

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg verpflichtet sich in zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern auf die folgenden Orientierungsmarken:

Märkte öffnen – Wettbewerb stärken

Die Politik muss Märkte konsequent für Unternehmen öffnen und den Wettbewerb sowohl auf regionaler, nationaler als auch auf internationaler Ebene stärken. Alle Wettbewerbsverzerrungen gilt es, zu unterbinden. Beispielsweise sollten kommunale Eigenbetriebe keinesfalls ihre Dienstleistungen anderen als der eigenen Kommune umsatzsteuerbefreit anbieten, denn dies verzerrt den Wettbewerb zu Lasten privater Anbieter am Markt.

Staat auf Kernaufgaben konzentrieren

Die Forderung nach „weniger Staat“ ist nicht gleichzusetzen mit einem „schwachen Staat“. Ganz im Gegenteil: Staatliche Aufgaben wie der Schutz des Wettbewerbs, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur oder ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft.

Subsidiarität ausbauen – staatliche Eingriffe eng begrenzen

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg setzt auf das Prinzip der Subsidiarität. Eingriffe des Staates in den Marktmechanismus darf es nur dann geben, wenn die privaten Akteure die gewünschten Aufgaben nicht erfüllen können und nur der Staat wirklich bessere Ergebnisse sicherstellt – andernfalls werden Investitionen und Wachstum behindert. Beispielsweise sollte die Lohnfindung ausschließlich Aufgabe der Tarifparteien sein; auch staatliche Vorgaben zur Nutzung des Eigentums oder zur Höhe des Preises oder des Mietzinses darf es nur dann geben, wenn Machtkonzentrationen zu einem Marktmissbrauch oder gar Marktversagen führen.

Selbstverwaltung stärken

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft ermöglicht betriebliche Lösungen, die den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht werden. Insbesondere auf dem Feld der Dualen Ausbildung weiß die Wirtschaft selbst besser, was für die eigenen Betriebe gut und richtig ist. Auch die Meinungsbildung zu wirtschaftspolitischen Themen sollte frei und unabhängig entfaltet und vertreten werden können. Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungskörperschaften leisten dies und sollten in ihrer Unabhängigkeit weiter gestärkt werden.

Öffentliche Finanzen nachhaltig organisieren

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen – auch für Unternehmen. Die Wirtschaft hat deshalb ein großes Interesse an nachhaltig strukturierten, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten. Dabei ist auch eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen erforderlich. Die Verantwortung der Kommunen und Länder für die eigene finanzielle Lage muss erhöht werden.

Eigenverantwortung stärken

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört die Unterstützung derer, die sich nicht vollständig selbst versorgen können. Eine wirksame Sozialpolitik muss hierbei an der Eigenverantwortung und -anstrengung der Menschen ansetzen. Andernfalls wird das Sozialsystem, das auch aus Steuern und Beiträgen der Unternehmen gespeist wird, für die Wirtschaft langfristig zu teuer – darunter leidet dann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Verlässlichkeit schaffen

Unternehmen sind nur bereit, langfristig zu investieren, wenn sie sich auf möglichst konstante Rahmenbedingungen verlassen können. Zu nennen sind hier neben dem Steuer- und Abgabensystem und der Arbeitsmarktpolitik auch die Energiepreise. Schon allein aus diesem Grund muss sich die Politik an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.